



«**Wenn FDP und Economiesuisse behaupten, der Schweiz gehe es nur wegen der Personenfreizügigkeit gut, kann ich nur den Kopf schütteln**»

Natalie Rickli

«Politiker nehmen sich zu wichtig»

SVP-Nationalrätin Natalie Rickli über eine mögliche Kandidatur für den Winterthurer Stadtrat, warum die SRG sie boykottiert und weshalb Politiker den eigenen Einfluss überschätzen.

INTERVIEW: MARCEL ODERMATT;
SASKJA ROSSET (FOTOS)

Die SVP ist eine Männerpartei. Eine Ausnahme gibt es aber: die Winterthurerin Natalie Rickli (34). Sie repräsentiert fast im Alleingang die weiblichen, jüngeren und urbanen Wähler der «Sünneli»-Partei.

Sie konnte sich als Abstimmungskämpferin, Befürworterin von Strafrechtsverschärfungen und Gegenspielerin der SRG profilieren. Doch wegen ihres Engagements gegen den Staatssender wird die Nationalrätin, die beim TV-Werbevermarkter Goldbach Media arbeitet, auch kritisiert. SP-Chef Christian Levrat geisselt sie als «eine der schlimmsten Lobbyisten im Parlament». SonntagsBlick traf die SVP-Vorzeigefrau in ihrer Heimatstadt zum Gespräch.

Frau Rickli, hier in Winterthur heisst es, SP-Stadtpäsident Ernst Wohlwend trete Anfang 2012 zurück. Wären Sie an einem Exekutivamt interessiert?

Natalie Rickli (überlegt): Ja, ich würde mir eine Kandidatur ernsthaft überlegen. Die SVP hat in Winterthur 22 Prozent Wähleranteil. Trotzdem sind wir seit bald zehn Jahren nicht mehr im Stadtrat. Unsere Politik muss auch in der Regierung vertreten sein.

Ein Grund, warum die Wähler SVP-Politiker nicht in die Regierung wählen, ist der Stil Ihrer Partei. Nach dem Massaker in Norwegen sagen Kritiker, die SVP sei wegen ihrer populistischen Politik mitschuldig. SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr spricht gar von einem «politischen Massenmord».

Ich finde es gefährlich und daneben, aus dem Massaker in Norwegen politisches Kapital zu schlagen. Jetzt wird von den Medien und politischen Gegnern gegen die SVP gehetzt. Das Attentat macht sprachlos; wir sollten in Gedanken bei den Opfern sein. Meine Partei hat damit überhaupt nichts zu tun.

Machen Sie es sich nicht zu einfach? Die SVP wirbt mit Linken als roten Ratten oder Händen verschiedener Hautfarbe, die gierig nach Schweizer Pässen greifen. Das bringt der SVP kurzfristigen Wahlerfolg, heizt das politische Klima aber an.

Die SVP ist die mit Abstand grösste demokratisch gewählte Partei. Wir haben mit unseren letzten Initiativen Mehrheiten im Volk gewonnen. Ihre Anschuldigungen sind damit auch an die Mehrheit des Schweizer Volkes gerichtet. Zu unserer Demokratie gehört eine lebendige Diskussion. Wer die Meinung des Volkes unterdrücken will, argumentiert wie Sie. Das Ziel von Terroristen ist es, jemanden zum Schweigen zu bringen. Das dürfen wir nicht zulassen. Aufgabe unserer Partei ist es, die Probleme beim Namen zu nennen.

Ist die Polarisierung eine Folge davon, dass die Mehrheit der Politik nicht auf das Volk hört? Absolut. Das führt zu einer Unzu-

friedenheit. Die Leute fühlen sich unverstanden. Wir haben eine unkontrollierte Einwanderung, ein Asylchaos, zunehmende Kriminalität. Das schadet den Schweizern. In Brüttsellen und anderen Gemeinden werden gar Mieter auf die Strasse gestellt, um Asylbewerber einzuquartieren. Das ist total daneben.

Seit dieser Woche greift die SVP mit einer Initiative die Personenfreizügigkeit an. Die Wirtschaft geht auf Distanz zu Ihrer Partei. Haben Sie dafür Verständnis?

Aus meiner Sicht macht es sich die Wirtschaft zu einfach: Sie will unkompliziert und günstig Leute aus dem EU-Raum anstellen können.

Für die Wirtschaft sind die Verträge aber sakrosankt.

Wenn FDP und Economiesuisse behaupten, der Schweiz gehe es nur wegen der Personenfreizügigkeit gut, kann ich nur den Kopf schütteln. Wenn schon, führt ein Wirtschaftswachstum zu Arbeitsplätzen

Charmante Hardlinerin: Auf dem Winterthurer Goldenberg geht Rickli mit der Bundesverwaltung hart ins Gericht.



Stadtbummel: Die SVP-Politikerin zeigt SonntagsBlick-Politreporter Marcel Odermatt am Dienstagmittag ihre Lieblingsplätze in der Winterthurer Altstadt.



In Pose: Die 34-Jährige auf dem Justitia-Brunnen in der Marktgasse.



und höherer Beschäftigung. Viele ältere Schweizer verlieren den Job und werden durch jüngere Ausländer ersetzt. Und die neu einwandernden Ausländer etwa aus Deutschland verdrängen die bereits anwesenden etwa aus dem Balkan. Diese gehen dann nicht nach Hause, sondern landen bei unseren Sozialwerken. Das ist nicht in Ordnung.

Jacqueline Fehr und Christian Levrat sind Berufspolitiker, die meines Wissens noch nie in der Privatwirtschaft gearbeitet, geschweige denn Arbeitsplätze geschaffen haben.

Dann lügt die Wirtschaft?

Fakt ist: Uns ging es auch ohne Personenfreizügigkeit gut. Die Schweiz hat schon früher genügend ausländische Arbeitnehmer gefunden. Wir wollen eine Einwanderungspolitik im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Es soll ein Vorrang für Schweizer gelten bei der Jobvergabe. Es macht auch keinen Sinn, dass Spezialisten aus den USA oder Asien nicht aufgenommen werden, hingegen aus dem EU-Raum praktisch jeder einwandern kann.

Macht das Ihr Lobbying besser?

Ich arbeite seit meiner Lehre in der privaten Medienbranche. Seit sechs Jahren bin ich für die Goldbach Group tätig und habe ein 70-Prozent-Pensum. In der Schweiz haben wir ein Milizsystem, bei dem es üblich ist, dass man noch einen Beruf ausübt. Dass mir das immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, erstaunt mich. Ich habe schliesslich kein einziges Mandat ausserhalb des Nationalrats, sondern nur einen Beruf. Im Übrigen ist die Goldbach ein erfolgreiches Unternehmen, das sich im Markt – konkret über Werbung – finanziert. Wir haben keine Gebührengelder. Politisch fordere ich gute Rahmenbedingungen für private Medien. Das Milizsystem hat ja gerade den Vorteil, dass ein Parlamentarier noch arbeitet und sein berufliches Know-how einbringen kann. Ich

bin doch froh um Inputs von Ärzten in der Gesundheitspolitik, Lehrern in der Bildungspolitik, Unternehmern in der Wirtschaftspolitik! Offensichtlich darf man sich zur heiligen Kuh SRG nicht kritisch äussern, sonst wird man als Lobbyistin abgestempelt.

Beim Staatssender sind Sie wegen Ihrer Dauerkritik unbeliebt. Lässt die SRG Sie das spüren?

Ich würde sagen: ja. Denn ich werde praktisch nie in Sendungen eingeladen. Die SRG sucht das Gespräch mit der SVP nicht – nur mit den anderen Parteien. Denn sie weiss, dass sie politische Mehrheiten braucht im Parlament. Und deshalb werden die Politiker mit Ein-

Bitte umblättern



Nach ihrer Wahl ins Parlament vor vier Jahren

entdeckte die Westschweizer Zeitung «Le Matin» Ähnlichkeiten zwischen Natalie Rickli und Hollywood-Star Nicole Kidman. Falsch, findet SonntagsBlick. Wenn, dann wäre ein Vergleich mit einer anderen Filmgrösse besser: **Cameron Diaz** (38, Bild unten).



Fortsetzung von Seite 29
ladungen eingeseift, auf Kosten
der Gebührenzahler.

Dann werden Sie boykottiert?

Schauen Sie, das wird sich nicht erhärten lassen und niemand gibt es zu. Die meisten Politiker äussern sich nicht kritisch zur SRG, weil sie darin vorkommen wollen. Ich ändere meine Politik nicht, ich fordere mehr Transparenz und tiefere Gebühren.

Sie sitzen jetzt vier Jahre im Nationalrat. Was hat Sie am meisten überrascht?

Die Politiker nehmen sich teilweise viel zu wichtig. Faktisch kann der Einzelne im Parlament wenig bewirken.

Wie meinen Sie das?

Eigentlich müsste der Bundesrat die Verwaltung führen. Ich habe aber oft das Gefühl, dass die Verwaltung den Bundesrat führt. Das Parlament hat die Aufsicht über die Verwaltung und es ist Aufgabe eines Parlamentariers, kritische Fragen zu stellen. Das ist in Bundesbern jedoch nicht erwünscht. In der Verwaltung arbeiten heute über 36 000 Angestellte. Die beschäftigten vor allem sich selbst.

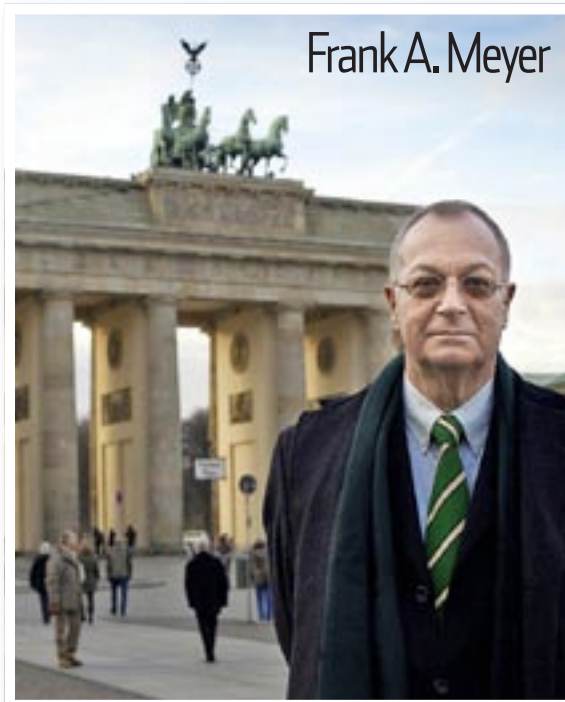
Ist das nicht billig – das Klischee vom faulen Beamten?

Das Problem sind nicht die normalen Staatsangestellten. Diese machen gewissenhaft ihren Job. Das Problem liegt in der Chefetage. Die Chefbeamten wollen sich verwirklichen. Deshalb kommen so viele linke Vorlagen ins Parlament. Aus meiner Sicht müsste man ab sofort kein neues Personal mehr einstellen und die Verwaltung auf natürlicher Fluktuation verkleinern. Mittelfristig muss aber auch ein Personalabbau Thema sein.

Dann wäre ein Regierungsamt für Sie ja optimal.

Ich durfte im Gemeinderat, im Kantonsrat und jetzt im Nationalrat politisieren. Mein Ziel ist die Wiederwahl im Oktober. Parlamentsarbeit ist spannend. Nach über neunjähriger Parlamentstätigkeit glaube ich, dass man in der Exekutive mehr bewirken kann. Darum: Ja, ich kann mir eine Stadtratskandidatur vorstellen. ●

Zum 1. August



Frank A. Meyer

Foto: Antje Berghäuser

Nun ja, besonders gross ist das Interesse der Bürger am politischen Personal im Bundeshaus nicht gerade, wie eine Umfrage von SonntagsBlick belegt. Vor allem nicht bei den Jungen, von denen beispielsweise nicht mehr als dreissig Prozent Simonetta Sommaruga oder Didier Burkhalter als Regierungsmitglieder zu benennen vermögen. Allerdings: Stars der Jugendszene waren Bundesräte noch nie, selbst wenn sie vergleichsweise jugendlich auftreten wie die zwei neuen.

Auch ist die Politik nun mal nicht das Leben, nicht einmal das halbe. Aber sie ist schon präsent in den Medien, und zwar von morgens bis abends und stets mit dem Anspruch, gerade mit Dringlichem beschäftigt zu sein. Was letztlich auch zutrifft, vor allem natürlich auf die internationale Politik, die von Gipfel zu Gipfel eilt, um Abstürze von Staaten und Währungen zu verhindern. Dass die Schweiz von diesem Treiben nachhaltig mitbestimmt wird, ist selbst für Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit nicht zu übersehen.

Warum also das Desinteresse der Bürger an den Protagonisten der Politik?

Vielleicht hat das ja mit den real existierenden Machtverhältnissen zu tun. Die sich im Augenblick ungefähr so darstellen: Spekulanten erschüttern das Gefüge der Währungen, Banken stürzen Staaten in Finanzkrisen, die sogenannten Märkte diktieren den Lauf der Dinge. Und die Politiker wissen nicht mehr, wo ihnen der Kopf steht.

So sieht es aus, das Bild des Bürgers von der Welt. Seit Jahren wird ihm kein anderes vermittelt – vor allem keines, das die Politik im aktuellen Geschehen als entscheidende Macht darstellt.

Dem Bürger bleibt der Seufzer: «Ach, die Politik ..!» Der Seufzer kündigt von Resignation: Es sind ja doch nicht die Politiker, die das Sagen haben. Warum sollte der Bürger also Simonetta Sommaruga oder Didier Burkhalter zur Kenntnis nehmen?

Ja, die Politik ist die Ohnmacht, die Finanzmärkte dagegen sind die Macht. Ja, die Politiker bestimmen weniger und weniger, die Banker, Börsenspekulanten, Hedgefund-Manager mehr und mehr. Was sind Sommaruga und Burkhalter gegen die Grübels oder Dougans?

Die global operierende Finanzwirtschaft pflügt die Gesellschaft um – ohne jede demokratische Berechtigung; sie bestimmt das Schicksal

der Menschen, vom Arbeitsplatz bis in die private Lebenshaltung hinein – ohne jede Verantwortung. Die Politik? Sie kann die Menschen nicht davor schützen; sie kann nur reparieren, was die Finanzmächtigen beschädigen – selbstredend unter Beizug von Steuergeldern.

In der demokratischen Welt hat ein Putsch stattgefunden: Finanzmacht gegen Politmacht. In den Augen zahlloser Bürger ist Politmacht seither Ohnmacht.

Millionen junger Menschen in ganz Europa empören sich gegen diese Verhältnisse. Ihre Bibel hat kaum dreissig Seiten und heisst: «Empört Euch!» Es ist ein Manifest aus der Feder des französischen Intellektuellen Stéphane Hessel. Der 93-jährige Feuertopf war während des Krieges Mitglied der Résistance und Häftling im Konzentrationslager Buchenwald; 1948 arbeitete er mit an der Menschenrechtsklärung der Uno. Heute kommt er zum Schluss: «Der Finanzkapitalismus bedroht die Werte der Zivilisation und diktiert den Lauf der Welt.»

Die europäische Jugend sucht geistig-politische Autorität. Sie findet sie beim alten und kämpferischen Weisen Hessel. Doch sie sollte sie eigentlich bei Politikern finden, die entschlossen für die Rückeroberung der demokratischen Gestaltungsmacht kämpfen – für die Macht der demokratisch legitimierten Politik.

Erst wenn der Bürger wieder an die Politiker glauben kann – weil er weiss, dass sie wichtiger sind als Banker und Spekulanten –, erst dann wird sich der Bürger womöglich sogar Namen wie Sommaruga und Burkhalter merken.